

## Haag: Abschaffung der Mietpreisbremse längst überfällig

FDP begrüßt Razavis Vorstoß, fordert aber weitreichendere Maßnahmen zur Eigentumsförderung

Der wohnungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Friedrich Haag**, erklärt zur Meldung, dass Ministerin Razavi auf Steuerentlastungen für Vermieter anstatt der Mietpreisbremse setzen will:

"Der Vorstoß der Bauministerin geht in die richtige Richtung. Der Vorschlag zeigt endlich den Weg zu einer marktwirtschaftlichen Lösung für bezahlbaren Wohnraum auf, die wir als FDP seit langem fordern. Die Mietpreisbremse muss abgeschafft werden, denn sie schafft keine einzige neue Wohnung. Dabei brauchen wir dringend neue Wohnungen, um die Wohnraumknappheit zu bekämpfen.

Wichtig ist jedoch, dass dieser Vorschlag ohne zusätzliche Bürokratie und Mehraufwand für Vermieter umgesetzt wird, denn private Vermieter sind das Rückgrat des Wohnungsmarktes. Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbote sind ein Schlag ins Gesicht von privaten Vermietern, die Wohnungen zum fairen Preis anbieten.

Leider mussten wir in den vergangenen Jahren miterleben, wie die grün geführte Landesregierung mit ihrer ideologiegetriebenen Politik und ihrem Überregulierungswahn den Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg ausgebremst und zusätzlich belastet hat.

Der Vorschlag von Ministerin Razavi reicht bei weitem nicht aus. Wir als FDP fordern eine umfassende Strategie zur Ankurbelung des Wohnungsbaus:

- Abbau überzogener energetischer Anforderungen
- Abbau von Vorschriften und überzogenen Standards, die Bauen teurer machen
- Abbau der Überregulierung des Mietmarkts
- Aktivierung von Bauflächen
- Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5%

# Mediendienst

Stuttgart, 12. Februar 2025

# Freie Demokraten



Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg **FDP**

Das alles ist mit den Grünen nicht zu machen. Es ist höchste Zeit, dass wir in Baden-Württemberg eine Wohnungsbaupolitik betreiben, die nicht nur Miete, sondern auch Eigentum fördert. Einen echten Kurswechsel im Wohnungsbau kann es ohnehin nur ohne die Grünen und mit der FDP geben.“